

Die 'Freiheit' erscheint morgens und nachmittags, am Sonn- und Festtagen nur morgens. Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus für Groß-Berlin 4,- M., bei blattweiser Postbefugnis monatlich 4,60 M., bei Zustellung unter Frankfurter für Deutschland 4,80 M., für Ausland 7,80 M., per Brief 12,80 M.

Interessante folgen die achtseitige Kompositionen oder deren Raum 1,20 M., Wortanzeigen das fettdruckte Wort 80 Pf., jedes weitere Wort 25 Pf., Werbungsausschlage 70 Pf., bei Familien- u. Vereinnahmeangelegenheiten 12 Pf. der Zuschlag folgt. Inserate für den darauffolgenden Tag müssen spätestens bis 3 Uhr nachmittags bei der Expedition aufgegeben sein.

Freiheit

Berliner Organ

der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Neuer Zwischenfall im Untersuchungsaußschuß.

Helfferich will dem Genossen Cohn nicht mehr antworten.

In der Sitzung des parlamentarischen Untersuchungsaußschusses ist es heute vormittags zu einem bemerkenswerten Zwischenfall gekommen. Auf eine Frage, die Genosse Oscar Cohn an den Zeugen Helfferich richtete, um, wie er sich ausdrückte, bei dieser Gelegenheit die Methodik der Aussagen des ehemaligen Vizelandesfesthaltungsleiters festzustellen, erklärte dieser gegenüber dem Vorsitzenden, daß er prinzipiell Fragen des Abgeordneten nicht beantworten würde. Bei einem gewöhnlichen Gerichtshof würde er Dr. Cohn als Zeugen ablehnen. Hier beschränkte er sich darauf, seine Frage unberücksichtigt zu lassen. Der Vorsitzende beehrte den Zeugen dahin, daß es nicht angängig sei, einen solchen Standpunkt einzunehmen. Herr Helfferich verbildete aber bei seiner Ablehnung und erklärte, daß er auf Wunsch auch die Erlaubnis angeben werde, die ihn zu seiner Haltung bestimmten. Der parlamentarische Untersuchungsaußschuß zog sich hierauf zu einer Beratung und Beschlussefassung über diesen Gegenstand zurück.

Vorsitzender Abg. Wasmuth eröffnet die Sitzung um 10 1/4 Uhr und stellt fest, daß in einem Teil der Presse bei der Wiedergabe der Erklärung des Ausschusses ein Verstoß unterlaufen ist. Es muß heißen: Werturteile von Nichtmitgliedern des Ausschusses sind für den Ausschluß nicht maßgebend.

Der Vorsitzende nimmt dann Bezug auf die Ausführungen des Reichsministers Dr. David über die Interventionsversuche einer neutralen Macht. Er stellt fest, daß die Verhandlungen darüber, die in geheimer Sitzung erfolgten, erst in den Anfängen stehen und noch keineswegs abgeschlossen sind, so daß es nicht möglich ist, nach dieser Richtung hin ein abschließendes Urteil zu fällen. Es liegt zunächst nichts weiter vor als das Material in wenigen Bruchstücken. Er warnt daher, weitergehende Schlüsse daran zu knüpfen.

Darauf wendet der Vorsitzende sich an den Staatssekretär a. D. Helfferich und zu dessen Bekundungen über seine geänderte Stellungnahme zum rüchichtslosen U-Bootskrieg. Dr. Helfferich habe mitgeteilt, daß drei Gründe für die Änderung seines Standpunktes maßgebend gewesen seien, und zwar 1. Einzelheiten, die ihm über die Verhandlungen in Vich mitgeteilt worden seien, nach denen er annehmen mußte, daß es keinen Frieden ohne weiteren Kampf geben konnte, 2. das Schwimmen Wilsons und 3. die Senatsbeschlüsse vom 22. Januar, aus der er ein Geschick ersehen konnte, wenn nicht eine Billigung der Bedingungen der Entente durch Wilson herausläuft.

Staatssekretär a. D. Helfferich weist zunächst darauf hin, daß es sich bei der U-Bootsfrage nicht um eine Glaubenssache und nicht um eine grundsätzliche Frage, sondern um eine tatsächliche Frage handele. Das gehe auch aus der Haltung der Parteien vor der fortgeschrittenen Volkspartei hervor. Gothein und Straube hätten sich damals für den beschleunigten Bau von U-Booten eingesetzt. Sie wollten diese natürlich nicht zubause lassen, sondern rechnen also mit der Eventualität, daß von ihnen in einer gegebenen Situation nachhaltiger Gebrauch gemacht würde. Heute zeigen die Herren aber eine prinzipielle Gegnerschaft. Für mich war wesentlich mitbestimmend die Antwort der Entente, durch die die Freibeit über Schweden ins Licht geworfen wurde. Der Herr Berichtete aus Vich, daß die Oberste Heeresleitung erklärt habe, daß ihr eine Fortsetzung des Krieges gegenüber den bevorstehenden feindlichen Offensiven unmöglich erscheine und daß sie die Verantwortung für die weitere Fortsetzung der Kriegsoperationen nicht übernehmen könne, wenn nicht unserer schwerbedürftigen Mittelkraft durch jedes denkbare Mittel Erleichterung verschafft werde und wenn nicht durch den U-Bootskrieg die Zufuhr von feindlichen Verstärkungen und Munition behindert werde.

Abg. Dr. Einzelmeier: Gedenkt zur Behinderung der Munitionszufuhr nicht der Kreuzerrieg? Vorsitzender Wasmuth: Darüber werden die militärischen Fragen ausdiskutiert geben.

Dr. Helfferich: Eine so kategorische Erklärung der maßgebenden Stellen konnte auf mein Urteil nicht ohne Einfluß bleiben. Wir standen nun einer militärischen Zwangslage gegenüber. Wir besaßen und vor einer fürchtbaren Offensive. Die Oberste Heeresleitung erklärte, daß sie keine Verantwortung übernehmen könne, wenn nicht mit größter Beschleunigung für Erleichterung gesorgt würde. Sollte da der Reichskanzler oder ich, soweit ich mitzugehen habe, es darauf ankommen lassen, daß Hindenburg und Ludendorff erklärten: Wenn man uns die Mittel nicht bewilligt, die wir brauchen, wenn man politische Gesichtspunkte, die nicht für den Augenblick wirksam, aber einschneidend, dann müssen wir erklären, daß wir nicht mehr mitgehen. Diese Krautmenschen mußten wirken.

Vorsitzender Wasmuth: Ein intensives Drängen des Präsidiums Wilson, den Frieden herbeizuführen, war wohl nicht vorhanden?

Dr. Helfferich: Ich war schon damals skeptisch. Positives kann ich aber unter meinetwegen nicht aussagen. Nach den Erfahrungen des ersten Kriegsjahrs habe ich die aufrichtige Neutralität Wilsons und der amerikanischen Regierung sehr skeptisch beurteilt. Wenn ich den U-Bootskrieg widerstanden habe, so geschah es, weil ich eine verhängnisvolle Steigerung unserer Schwächung durch Amerika befürchtete. Mein Vertrauen auf Wilson war nach der Lansing-Bülowe rüchichtslos erledigt. Ich hatte zunächst mit der Tatsache des Beschlusses in Vich zu rechnen, um die ich nicht herum konnte, wenn ich nicht durch meinen U-Bootskrieg dahingegen demonstriert hätte. Eine zweite neue Tatsache war: daß der Reichskanzler mir die definitive Antwort der Entente entgegenstellte. Wenn ich Wilson gewichen wäre, hätte ich sie als unvernünftig angesehen, da sich die Entente eine Gleichstellung mit den Zentralmächten verbat, da doch eine Vermittlung mit unter Gleichen möglich ist. Aus dieser Antwort ging auch hervor, daß die Entente eine Vermittlung, in der uns Vorteile zugebilligt wurden, nicht ablehnen würde. Das hat sich erstens bestätigt und auf mich gewirkt. Das nächste Stadium der Entwicklung war: die Senatsbeschlüsse vom 22. Januar, und die hat meine Ueberzeugung, der ich im Reichstag Ausdruck gegeben habe, vollendet.

Vorsitzender Wasmuth: Waren Sie der Ueberzeugung, daß die öffentliche Meinung Amerikas durchaus nicht auf Seiten Deutschlands stand? Graf Bernstorff hat uns gesagt, Wilson habe eigentlich nichts unternommen können, er habe sich immer hinter die öffentliche Meinung Amerikas stellen müssen. Waren Ihnen diese Verhältnisse bekannt und haben sie auf Ihre Auflassung bestimmend eingewirkt? Nach Ansicht des Grafen Bernstorff hätte von der amerikanischen Regierung in der Presse und bei Schaustellungen, z. B. kinematographischen, viel mehr gefehlt müssen, um auf die amerikanischen Pöbel einzuwirken.

Dr. Helfferich: Die Stimmung in der amerikanischen Gesellschaft habe ich gefehlt. Ich konnte nicht annehmen, daß ein Land angelsächsischer Natur und geographischer sein könne als unsern angelsächsischen Hauptfeinde, der eine unerbittliche, schäuderhafte Lügenpropaganda gegen uns trieb und dabei vollständig freien Spielraum hatte. Wir konnten nichts dagegen unternehmen. Die amerikanische Regierung hat und gegenüber nach meiner Ansicht nicht ihre Schuldigkeit getan. Je länger der Krieg dauerte, desto mehr wurde Amerika gegen uns voringenommen. Deshalb hielt ich die Aussicht auf eine Friedenseinstellung Amerikas für uns ein rechtungsloses Unternehmen.

Graf Bernstorff: Die öffentliche Meinung in Amerika war bis zum Russischen Krieg auch nicht freundlich, so doch einigermaßen neutral. Eine direkte Einwirkung auf die Presse und Privatunternehmungen wie Kinost war der Regierung nicht möglich. Nach dem Eintritt der Vereinigten Staaten in den Krieg hat sich hierin alles geändert, weil zu dieser Zeit eine amtliche amerikanische Propaganda eingeführt wurde, die vor dem nicht bestanden hätte.

Dr. Helfferich: Wie die amerikanische Regierung sich gegenüber den Russen verhielt, die die Ententeinteressen vertraten, und wie sie sich demgegenüber gegen die deutschen Vertreter verhalten hat, geht wohl aus dem Falle des Generalkonsuls Wang hervor.

Graf Bernstorff: Der Fall Wang lag so, daß die Reichsregierung mit der Hamburg-Amerika-Linie einen Vertrag hatte, wonach die Posten verpflichtet war, unsere Kriegsschiffe zu beschützen. Dies ist auch geschähen, Proteste der Entente sind erfolgt. Die Bestrafung des früheren Generalkonsuls Wang erfolgte, weil es notwendig war, um die Kriegsschiffe zu beschützen, falsche Deklarationen in den Häfen abzugeben. Sie wurden angemeldet, als führten sie nach irgend einem fremden Hafen. Auf Grund dieser falschen Deklarationen ist Generalkonsul Wang vor Gericht gezogen und verurteilt worden.

(Die Sitzung dauert fort.)

Abbruch der militärischen Intervention Frankreichs in Rußland.

Schweizer Grenze, 15. November.

Die 'Adlonische Zeitung' berichtet: In einer solchen veröffentlichten amtlichen Note gibt die französische Regierung ihr grundsätzliches Einverständnis mit dem Abbruch der militärischen Einmischung in Rußland bekannt. Der plötzliche Gesinnungswechsel am Quai d'Orsay wird dadurch verständlich, daß Frankreich von der russischen Räteregierung die Versicherung erhalten hat, daß diese zur Sicherung der Schulden nicht nur des alten Zarenthums, sondern auch der Zeit Kerenskis bereit sei. Die Erklärung dieser Bereitwilligkeit macht die Uebereinstimmung mit dem Standpunkt Lloyd Georges möglich.

Probleme der Gewerkschaftstaktik.

Die gewerkschaftlichen Bewegungen und Kämpfe der letzten Monate haben gezeigt, daß die Unternehmer den auf das Mitbestimmungsrecht der Arbeiter in den Betrieben gerichteten Forderungen weit heftigeren Widerstand entgegenzusetzen, als den üblichen Lohnforderungen. Das leidet das Schicksal des Reichsarbeitsgesetzes der Holzarbeiter, der von den Unternehmern abgelehnt wurde, weil er das Mitbestimmungsrecht und einen Einfluß der Organisation auf die Regelung der Lehrlingsausbildung forderte; das Leben der am Kampf der Berliner Metallarbeiter, der kurz vor seinem Abschluß in ein neues kritisches Stadium trat, weil die Metallindustriellen das Recht der Vertrauensleute anzutasten wagten; das Leben wir ferner an dem erbitterten Kampf der geschlossenen Unternehmerfront gegen das Betriebsrätegesetz.

Der Grund für diesen rüchichtslosen Widerstand liegt darin, daß ein Erfolg der Arbeiter in der Richtung auf eine wirksame Betriebsdemokratie nicht nur — wie ein Lohnkampf — den Profit der einen oder anderen Industriegruppe trifft, sondern die Machtposition der Kapitalistenklasse im Produktionsprozeß berührt. Während in den reinen Lohnkämpfen in der Mehrzahl der Fälle lediglich einzelne Unternehmergruppen einzelnen Arbeitergruppen als 'Arbeitnehmer und Arbeitgeber' gegenüberstehen, ist der Kampf um die Rechte der Betriebsräte stets ein Kampf Klasse gegen Klasse, auch dann, wenn er zunächst nur in einem Industriezweig geführt wird. Sind die Forderungen, für die die Arbeiter auf den Schanzen stehen, wirklich ernsthafter Natur, dann wird sich die gesamte Unternehmerklasse stets hinter ihre unmittelbaren Klassenangehörigen stellen, um den Einbruch in die Front der Kapitalistenklasse abzuwehren.

Werden irgendwo Kämpfe dieser Art geführt, so muß sich die Arbeiterklasse stets nach dem Beispiel der Unternehmer bereithalten, der kämpfenden Gruppe beizufpringen, sofern die Situation günstig und von einer Sympathiebewegung ein Erfolg zu erwarten ist, womit die Möglichkeit einer großen Ausdehnung der Kämpfe häufiger als früher gegeben ist.

Das Unternehmertum, das die Situation erkennt, macht den Versuch, die Gewerkschaften vom Boden des Klassenkampfes hinwegzulösen. Es nähert sich den Gewerkschaften, verbündet sich mit ihnen zu 'Arbeitsgemeinschaften', zeigt sich jederzeit zu Verhandlungen über die Lohnbedingungen und zum Abschluß von Tarifen bereit. Kurz, es geht auf alle Forderungen ein, die früher den Hauptinhalt der Gewerkschaftskämpfe ausmachten, und bietet somit den an den 'Arbeitsgemeinschaften' beteiligten Gewerkschaftsführern die Möglichkeit billiger Erfolge, was, wie die Unternehmer durchaus richtig kalkulieren, bei diesen die Neigung zum Hinnehmen des Gebotenen und zum Verzicht auf weitergehende Forderungen auslöst. So bewahrt sich das Unternehmertum die ungeminderte Gewalt in eigenen Hause, indem es den 'Herr-im-Haus-Standpunkt' scheinbar aufgibt.

Es liegt auf der Hand, daß die von den höchsten Stufen der Gewerkschaftsbürokratie beliebte Methode angeführt der höheren Aufgaben der Gewerkschaftsbewegung im Reifealter der sozialen Revolution verfehlt ist. Der Klassenkampf läßt sich nicht in Kooperation mit dem Unternehmertum führen. Er ist nur zu führen durch eine Gewerkschaftsbewegung, die sich ihre Unabhängigkeit vom Unternehmertum restlos bewahrt und mit der politischen Bewegung des revolutionären Klassenbewußten Proletariats enge geistige und taktische Rückführung hält.

Das soll nicht geschehen, indem die Gewerkschaftsbewegung der politischen oder einer anderen, etwa der Rätebewegung untergeordnet und zu einer besonderen, mehr oder minder unbedeutenden Waffe im allgemeinen Klassenkampf gestempelt wird. Politische und gewerkschaftliche Bewegung müssen als gleichberechtigte Faktoren nebeneinander bestehen. Obwohl die gewerkschaftlichen Kämpfe durch die auf die Betriebsdemokratie gerichteten Forderungen ihrem inneren Gehalt nach zu Klassenkämpfen in des Wortes bester Bedeutung werden, so bleiben sie doch reine Gewerkschaftskämpfe. Der Unterschied ist nur, daß der gewerkschaftliche Kampf in der revolutionär gegebenen Situation und infolge der Eigenart der neuen Forderungen höhere Bedeutung im Klassenkampf empfängt und stärkere mittelbare politische Auswirkungen zeitigt, als der reine Lohnkampf.

Wächst eine Bewegung auch in ihrem äußeren Umfang über den Rahmen des Betriebskampfes hinaus, macht sich das solidarische Eingreifen anderer Arbeitergruppen nötig, nähert sich die Bewegung somit auch in

Ihrer Ausdehnung dem Charakter des Klassenkampfes, so bleibt der Kampf trotzdem ein gewerkschaftlicher, und seine Leitung geht höchst von der Einzelorganisation auf die Zusammenfassung der Organisationen, auf die Gewerkschaftskartelle über. Sie allein haben unter Berücksichtigung der Gesamtlage und auf Grund der Verhältnisse aller Einzelorganisationen die letzte Entscheidung über die anzuwendende Taktik zu fällen, niemals ein anderer, außerhalb der Gewerkschaftsbewegung stehender Faktor.

Handeln wir so, dann wird für jeden Kampf, der geführt werden muß, die sichere, erfolgversprechende Basis in den Massen gegeben sein. Herrnen wir dagegen die Gewerkschaften gegen ihren Willen und Willen in Kämpfe hinein, auf die sie im Augenblick nicht eingerichtet oder für die sie im ganzen noch nicht reif sind, so stellen wir nicht nur den Erfolg des augenblicklichen Kampfes von vornherein in Frage, sondern tragen dauernd nachteilig wirkenden Rißspalt in die Reihen der Gewerkschaften, gefährden ihren Bestand und ihre Aktionsfähigkeit.

Darum war es durchaus in der Ordnung, daß die endgültige Entscheidung über den aus Anlaß des großen Kampfes der Berliner Metallarbeiter geplanten Generalstreik in der Berliner Gewerkschaftskommission fiel. Und es war die wohlwollende Konsequenz des negativen Beschlusses der Gewerkschaftskommission, wenn die Arbeitgeber und Organisationen, die sich zur Unterstützung des drohenden Streikkampfes in Bereitschaft hielten, in kluger Würdigung der Situation vom Generalstreik Abstand nahmen. Es entspricht der billigen Berechnung taktischer Notwendigkeiten und der sich daraus ergebenden Kompetenzen, wenn der Vollausrat nachträglich zu verstehen gab, daß ohne seine ausdrückliche Einwilligung der Generalstreik nicht unterbleiben dürfte. Und es ist der Ausdruck völliger Loslösung vom Boden der realen Wirklichkeit, wenn die Vollversammlung vom 12. November in dem Beschlusse der Gewerkschaftskommission ein „Verlassen aller gewerkschaftlichen Instanzen“ sieht und darum ihren Versuch gegen die Gewerkschaftsbewegung scheidet. Es muß offen gesagt werden, daß der Vollausrat — wie jede andere Organisation oder Körperschaft — weder verpflichtet noch berufen war, den Generalstreik, diesen gewerkschaftlichen Kampf zu führen, nachdem die Gewerkschaften selbst ihn abgelehnt hatten, weil sie ihn nicht für angemessen hielten. Die Vollversammlung aber hat sich durch ihren Beschluß nicht als zusammenfassende und führende Macht betätigt, indem sie ein Bekenntnis zu jener wunderkräftigen Betriebsorganisation und damit zur Spaltung der Gewerkschaften abgegeben hat. Wir fürchten, daß diese Vollversammlung damit mehr zur Diskreditierung der Idee beigetragen hat, als der Vollausrat in den langen Monaten seines Wirkens für seine Durchführung tun konnte. Denn die Arbeiterkraft muß sich, wenn dieser verderbliche Beschluß zur Ausführung gelangen sollte, mit der gleichen Energie gegen solche Vorstöße der Vollversammlungen wenden, mit der sie sich stets gegen die Verfechter der Betriebsorganisationen neohilflosistischer Spielart gewandt hat und wenden muß, wenn sie sich das Vollwerk ihres Widerstandes gegen die andrängende kapitalistische Restauration erhalten will: die Einheit der Gewerkschaftsbewegung.

Es ist gewiß, daß die Gewerkschaften den höheren Aufgaben des revolutionären Kampfes, die wir in den Vordergrund unserer Betrachtungen gestellt haben, nur dann voll gerecht werden können, wenn sie die Organisationen und ihre Mitglieder mit jenem Kampfesgeist erfüllen, den wir von ihnen fordern. Nimm man ihnen jedoch diese höheren Aufgaben und die höhere Verantwortung, indem

man nach Art des Vollausrates und der Vollversammlung die Entscheidung über die großen Kämpfe und ihre Führung für einen anderen Organisationsfaktor in Anspruch nimmt, so drückt man sie zu Kampfesformationen minderen Grades herab, zu Unterstützungsvereinen, zu Trägern von Lohnzertifikaten. Dann macht man sie zu dem, wozu das Unternehmertum sie machen will. Wozu sollen sie dann noch revolutionären Geist erkalten und pflegen? Etwa, um sich gegebenenfalls von übergeordneten revolutionären Instanzen benutzen zu lassen? Dann würde wahr werden, was die Gegner der Opposition in den Gewerkschaften dieser in vorkolumbischer Weise vorwerfen. Es liegen keinerlei Gründe vor, aus dem Beschluß der Gewerkschaftskommission den Schluss zu ziehen, es fehle den Gewerkschaften am nötigen Kampfesgeist. Wenn es mit dem allein getan wäre, wäre der Kampf wohl aufgenommen und gewonnen worden.

Nun verkennen wir nicht, daß die fortschreitende Revolution ihr wohl Situationen zeitigen kann, die das taktische Zusammenwirken der drei Strömungen der Arbeiterbewegung, der gewerkschaftlichen, der politischen und der Arbeiterbewegung, nötig machen. Aber ein solches Zusammenwirken ist nicht möglich auf Grund der Ueberordnung des einen und der Unterordnung des anderen Zweiges. Die Einheitsfront der Arbeiterklasse ist nur herzustellen durch eine wohlwollende Abgrenzung der Arbeitgebiete der einzelnen großen Zweige der Bewegung, durch einen Modus kameradschaftlicher Verständigung über die Grenzfälle und durch eine rechtzeitig organisierte und auch in ruhiger Zeit dauernd geküßte Methode des Zusammenwirkens. Die Vorbereitungen dazu zu treffen, dürfte zu den dringlichsten und nächsten Aufgaben der revolutionären Arbeiterbewegung gehören.

Wedruf an die Schlafenden.

Der „Vorwärts“ ruft wieder einmal: Nieder mit der Reaktion! Das „Berliner Tageblatt“ erwartet von den Arbeitern, daß sie selbständig die Gegenmaßnahmen gegen die deutschnationalen Abscheu ergriffen würden. Der Vorstand der rechtssozialistischen Bezirksorganisation sammelt seine Anhänger am Sonntag in drei (!) Lokalen, um sie gegen die alldeutsche Seite für die Republik und Demokratie „demonstrieren“ zu lassen. Die Schul- und Polizeibehörden scheinen zu schlafen. Wir wollen sie weden!

Seht diese Demagogen! Der oberste Hüter der Republik ist ein Rechtssozialist; Noske, Ernst, Birch, Sänisch und unzählige anderer rechtssozialistischer Parteiführer sitzen auf den höchsten Sesseln der Schul- und Polizeibehörden. Der Vorsitzende der rechtssozialistischen Bezirksorganisation von Groß-Berlin ist Ministerialdirektor oder etwas Ähnliches, steht also mit seinen Gefinnungsbrüdern in der Regierung in engerer Fühlung. Und nun laßt er, daß seine Brüder schlafen. Die Rechtssozialisten wollen sich also selbst weden!

Man wird sich nicht erinnern, daß die Rechtssozialisten sich irgendwie aufgerannt hatten, als in der vorigen Woche mit allen Mitteln der brutalen Gewalt der Metallarbeiterstreik niedergeschlagen, der Generalstreik der Berliner Arbeiter verhindert werden sollte. Nicht ein Wort der Entrüstung hat man im „Vorwärts“ darüber lesen können, daß zahlreiche Arbeiter ins Gefängnis geworfen wurden, daß der Vollausrat gewaltsam aufgelöst wurde, daß seine Mitglieder heute noch wie Verbrecher gehet werden.

Die Rechtssozialisten haben auch nichts dazu zu sagen gehabt, daß das Berliner Parteibureau der Unabhängigen Sozialdemokratie von den Noskeparteiern belebt, Material und Geld mitgenommen, die Parteifunktionäre in Haft geschnitten wurden. Die größte Partei Berlins ist auf diese

Weise vergewaltigt, der gesamten Arbeiterklasse Berlins damit ein Hauptschlag ins Gesicht versetzt worden, aber das ehrenwerte Regierungsorgan hat sich nicht gerührt.

Jetzt aber rufen diese Leute, daß das Vaterland in Gefahr ist. Solange nämlich die Reaktion die Geschäfte der Ober-, Noske und Noskepartei zu besorgen schien, erhielt sie von ihnen jede nur denkbare Förderung. Nun aber, wo die deutschnationalen den Augenblick für gekommen erachteten, ihre eigene Fahne wieder zu entrollen, schreien die Rechtssozialisten über Verrat. Durch ihre Schuld sind die alten Gewalten wieder in die Höhe gekommen, sie haben der Reaktion alle wirtschaftlichen, politischen und militärischen Machtmittel wieder in die Hände gespielt. Und nun wundern sie sich darüber, daß sich diese Machtmittel gegen sie selbst richten.

Es unterliegt keinem Zweifel, daß die Reichswehr monarchistisch, antirevolutionär und reaktionär bis auf die Knochen ist. Es ist einwandfrei festgestellt, daß bei allen Demonstrationen der deutschnationalen gegen die Regierung und gegen den Untersuchungsausschuß sich Angehörige der Reichswehr in großer Zahl beteiligt haben. Es steht insbesondere fest, daß die Hauptschreier in der gefürchten Versammlung gegen Erzberger bewaffnete Offiziere und Soldaten waren, und daß auf den Straßen wiederholt Abteilungen der Reichswehr mit dem Demonstrationszuge fraternisiert haben. Nur wer bisher nicht sehen wollte, kann glauben, daß sich diese Zustände bei der Reichswehr erst seit gestern entwickelt hätten. Nein, sie sind planmäßig unter dem Oberbefehl des Herrn Noske, unter dem Beifall seiner Parteigenossen seit langem schon gefördert worden.

Wenn die Arbeiterschaft Groß-Berlins die Notwendigkeit sehen wird, gegen die Reaktion zu demonstrieren, so wird sie sich nicht mit der Veranstaltung von drei Versammlungen in geschlossenen Räumen begnügen lassen, um dort vielleicht eine grobpolitische Resolution fassen zu helfen. Die Arbeiterschaft Berlins wird, wenn die Zeit gekommen ist, in ganz anderer Weise ihren Willen bekunden, um dem reaktionären Treiben ein Ende zu machen. Glauben die Rechtssozialisten im Ernst daran, daß sich die Arbeiter vor die Gewehrmündungen und Kanonenschlände ihres Parteigenossen Noske treiben lassen werden, um ihre Regierung zu retten?

Über auch den Demokraten muß gesagt werden, daß die Arbeiter sich nicht dazu hergeben werden, für sie als Sturmbock gegen die deutschnationalen zu dienen. Wenn das „Berliner Tageblatt“ Streikdemonstrationen veranstalten will, so mag es sich doch zunächst an seine eigenen Leser wenden.

„Ein jeder Waffensünge auf der Straße schimpft auf die Regierung“, so schreibt die „Deutsche Zeitung“ wörtlich in ihrem heutigen Leitartikel. Damit hat sie die Kundgebungen ihrer Gefinnungsgegnern trefflich gegengeschrieben. Die „Tägliche Rundschau“ gibt ohne weiteres zu, daß die Versammlungsbewegung wohl vorbereitet war, da im demokratischen Deutschland doch jeder das Recht habe, seine Meinung frei zu äußern. Ueber den Schluß der Versammlung und den Demonstrationenzug berichtet das Blatt:

Unter stürmischen Hochrufen auf den Kaiser, auf Hindenburg und Ludendorff ging die Versammlung auseinander. Ein nach Tausenden zählender Zug zählte sich darauf von der Prenzlauer Straße aus durch die Köpenicker Straße nach dem Potsdamer Platz zu unter Führung vaterländischer Lieder in Bewegung. Vom Potsdamer Platz aus verließ die Menge durch die Leipziger Straße nach der Wilhelmstraße abzubiegen, um Herrn Erzberger die im Saale gelagerte Entschuldigung zu überreichen. Der Leipziger Platz aber war von Sicherheitswehren bewacht, sowohl nach der Leipziger Straße wie nach der Wuhlgasse Straße abgesperrt worden, und nach kurzer Zeit erschien ein

Auf See.

Von Max Dorn.

„Wie Sumatse Heim Schütt war doch ein kammig fixen Kiel.“ Das unterschreiben wir alle. Die ganze Mannschaft unseres Fischdampfers. Unter Koch Heim Schütt war acht Tage in seiner Kammer wie in einer Mausfalle gewesen. Oft hatte er mit keinen Zäpfen fast auf dem Kopf gehanden. Und doch trugten wir warm Essen.

In Hamburg waten wir von den Reeborn breit getreten. Wir hatten unsern Streik verloren. Und so mußten wir wieder auf See. Wir waren froh, als wir von den goldschlegeligen Bettwanzen und Woberdianern nicht mehr saßen und hörten.

Demoi vor Eßberg an der Jäntenküste lag das rote Feuer-Schiff Hornstriff. Und es rief und zu: halt eure Schalen fest und alle Läden dicht — sonst geht loppelstet! Dann ging der Tang los. Mal oben, mal unten. Mal drunter mal drüber. Und — „wie Sumatse Heim Schütt war doch ein kammig fixen Kiel.“

Jetzt sind wir in unserm Fischwasser. In den isländischen Gewässern. Wie sind nicht allein. Vorgetern war Sonntag: da sahen wir drei Union-Jacks, eine Trilobere, vier Dannebrog. Aber Topp wehen — und unsern Horizont war noch ein Muddel von andern sieben Fischdampfern. Sie waren aber so weit entfernt, um die Plagge zu klaren: dem Bau nach waren es Rynhers ut Amsterdarn.

Alle Nationen fischen wieder friedlich beieinander. Wie haben wir Seelente unter dem Dach gelitten! Welcher Schmerz war es uns, wenn wir von Untersee die schönen Schiffe torpedieren mußten. Auf Befehl unserer Heuler. Auf Befehl der Heuler aller Nationen. Ein glühender Dach wuchs uns im Herzen, ein Dach gegen die Schiffsmörder, ein Dach gegen eine Ralbe, die vom wirklichen Leben überhaupt nichts wußte. Dach gegen die hochmütige Ralbe von Vorgängerwensen, denen in Rastinos, in Raderstannalten und auf Akademien ein falscher weltfernder Dünkel und Ueberhebung über alles Reinmenichliche eingemipft wurde.

Und an diesem Dach leiden wir noch heute. Weider. Wie können nicht anders. Ist doch noch der alte Betrieb.

Auf See sind wir frei. Da sind wir Menschen. Ralbe dem Welt über den Wassern. Wir sind zurückende Menschen: sehen wir doch nicht von der Unterdrückung des Proletariats. Wandern freilich die Gedanken an Land, nach Hamburg, Berlin und München — dann halt ich die rissige, verschweißte Seemanns-kaut, und unsere Brüdern sagen mir dem Sturmwind: Die Wechselung kommt! Wir sind dabei! Hei! Hei!

Eine mächtig: lange und hohe Dünnung rollt von Grönland her. Vorohnen der November-Stürme. Wir wollen vor ihnen fort und unsern Rang hütet in Hamburg abgeben. Aber eine Wode müssen wir hier unten nach freugen.

Nur sind die Tage schon. Sonne sehen wir keine mehr. Nebeladen lag der Nordwest gespenstlich vorüber. Dann folgen Hagelböden mit Stößeisen. Und Blauten mit Rogengewäch und Schneegewisch.

Die Kurze, unser langes Schlepnetz: wie eingeholt. Das Kurrgut, das Neppra: trief von grauschwarzen Perlen. Gräskente der großen Ralbe. Der Weergott in der Udd. Die Wintsch und der Stidbaum heulen und freischen: das Reh kommt ferret. Wie Mann anstoten: und Stürmann und Sumatse Heim Schütt packen käftig mit zu.

Ohl dir, du Segen des Meeres: wie es paddelt und trabbelt, schimmert und flimmert: Silberchuppen, Ranensten mit Wuppurückeln, violettes und Marabones Rarobbel: 9. Schellfisch, Goldbarsch, Neblau, Rochen — mächtige Schläge: rillen die auf See aus — und dann die Seespinnen und das Röhzeug —

Frei ist das Meer. Frei ist der Sinn und hier draußen. Das war gut Fang. Freude an Arbeit — mag den Hauptstich der Reeder auch schlöpfen. Das wird sich ändern. Und das schon.

Drüben liegt schwarz: au Al-Jaland. Wir sehns. An Land aber kommen wir nicht. Und doch die Sehnsucht im Herzen: da liegt Neffland: wir waren mal da. Blonde Mädchen, karl wie Brunklib und Augen wie Relembild. Auch der Seemann kennt Sehnsucht.

„Freut Euch des Lebens!“

Ausführung im Kleinen Schauspielhaus.

Mit Harry Cahns „Koch“ war es der Leistung des Kleinen Schauspielhauses noch nicht genug. Wir mußten auf denselben Brettern noch einmal die Welt aus der Perspektive des Literaturoffiziers sehen. Diesmal war es nicht ganz so fürchterlich. Aber es bleibt ein zweifelhaftes Vergnügen.

„Freut Euch des Lebens!“ Das ist die Inschrift, die Max Herrmann-Reiche seiner Komödie mit Ironie und Welle angeheftet hat. Das Leben ist ihm ein Jokus. Ein bitterer Glanzspas. In plattfaktischem Wechsel sollen die großen Wäder vorüberlaufen. Der grüne Wagen der Wanderskomödianten, die Klauke, Kunstreiter, Schlangendame, der „Kujult“ des Lebens, sentimental und brutal, das Rädel der Liebe, Kanaille und Engel der Leidenschaft. Dazwischen proffelt Nord und Süd, Sehnsucht und Wahsinn. Aber es haftet alles am Boden, liegt am Vorbildern, schwingt nicht im rasenden Rhythmus voller Emotionen und Visionen. Dazu markt der Bühnenmeister mit dem Spinn, die von der Regie des Karlheinz Martin zwar künstlerisch zurechtgerichtet waren, aber auch nicht wenig genau alle Vorgänge in groteske Unwirklichkeit erdosen. Freilich, der Komödie Herrmanns liegt diese Wirksamkeit fern. Er glottet sein Stild, indem er am Schuß in eigener Person die Bühne betritt.

Das Ganze erlitt dadurch eine bizarre Spiegelung. Aus verträglichem Leide ringt eine schmerzliche Seele. Hinter fast Gnädiger Welterwöschung verdrängt sich romantische Sehnsucht. Trostlose Qual, die im Verstand aufleuchten kann, aber im Drama ohne unbedulden verkräft.

Die ohne Schen mundeten Unklar aufhüllenden Vorgänge (im Schlagschach, Bode II, Wiberneive) schienen einen Teil des dem Dichter sehr freudlichen Publitums etel Wonn zu bereiten. Die Aufführung phosphorezierte in „Orgeit“, Dampfen. Frau Roma Vahn, zeigte als eine sehr wechsellfähige „Tulu“, diesmal „Albino“ genannt, alle Fähigkeiten für hoch verdiente kleine Feiertag. Herr Valsenti beherste die brutale Ahlens-Hausigkeit des „Kujult“ weit besser als die Clowaprinze und ganzhe Sentimentalität dieser Grinse. In der verzehten Maße eines Journalisten blieb Herr Rodegg eine verunglückte Figur, dagegen lernte man in Hubert v. Wehrind ein schauspielerisches Talent von ungewöhnlicher Ausdrucksfähigkeit kennen. Alice Torning und Lupu Pid waren ein paar erlesene Typen.

E. B.

Neber die Verteilung der Nobelpreise durch die Akademie der Wissenschaften in Stockholm wird gemeldet: Den Preis für 1918 in Physik erhielt Universitätsprofessor Planck (Berlin) für Verdienste um die Entdeckung der Physik durch seine Erfindung in der Theorie der Strahlung „elementarquantum“. den Preis für 1919 in Physik der Universitätsprofessor Stora (Göteborg) für seine Erfindung der „Doppelwirkungen bei den Kanalstrahlen“ und der „Teilung der Spektrallinien in elektrischen Feldern“. den Preis für 1918 in Chemie der Professor Haber (Berlin) für die Synthese Ammoniak und dessen Element“. Die Verteilung des Nobelpreises des Jahres 1919 für Chemie ist für das kommende Jahr vorbehalten worden. Auch für die Nobelpreise für Literatur für 1918 und 1919 ist eine Bestimmung noch nicht getroffen. Sie wird erst im nächsten Jahre verkündet werden, da keine Verlässlichkeit für diesen Nobelpreis als geeignet erschien.

Die Witwe Leo Tolstois, Sofia Andrejowna Tolstoi geb. Behr, ist, wie aus Jasnaja Poljana gemeldet wird, dort am 4. November 75 Jahre alt, gestorben. Sie war die Tochter eines Moskauer Rases und heiratete Tolstois im Jahre 1862. Die Erinnerung an ihre Ehe, die in geistiger Beziehung nicht immer glücklich war, sollen veröffentlicht werden.

Im Deutschen Opernhaus ist die für heute angekündigte Aufführung der Oper „Ragdalena“ von Scenacke verlassen worden.

Am Komödienhaus ist die Uraufführung von Georg Meider Schauspiel „Sie“ auf den 20. November angelegt worden. Im Kleinen Theater findet Anfang Dezember als zweite Veranstaltung der Deutschen dramatischen Gesellschaft die Aufführung des Einakters „Das Wunder“ von Wellgamben und die Uraufführung der Legende „Gewaltiger Tod“ von Karl v. Helner statt.

Kassano mit Truppen. Die anscheinend den Auftrag hatten, den Weg zu hindern. Dennoch gelang es einem größeren Trupp von der Westküste zur Ostküste zu kommen. Um Herrn Erzberger die gefälschte Entscheidung zu überreichen. Aber auch hier wurden die Teilnehmer des Tages abdrängt. Zum Schluß fänden das Watt an, daß sich solche Gewalttätigkeiten wiederholen würden. Erzberger sei gerichtet und jede regierungsdirektive Vereinigung tue gut, von der Wiederholung solcher Kundgebungen in ihrem eigenen Interesse Abstand zu nehmen. Und diese Leute beklagen sich über den Terrorismus den anderen!

Die „Post“ berichtet in folgender Weise über die Straßen-demonstrationen:

Nach Beendigung der Versammlung in der Pfiffharmonie zogen die Teilnehmer in geschlossenem Zuge unter dem Gesang „Deutschland, Deutschland über alles“ bis zum Leipziger Platz, wo sich ihnen Mannschaften der Sicherheitskräfte entgegenstellten. Von allen Seiten schlossen sich Soldaten und Zivilisten dem Zuge an, und ihre Ohnmacht einsehend, gaben die Mannschaften den Weg frei. Zeils durch die Vöhrstraße, teils durch die Leipziger Straße eilten Hunderte zur Wilhelmstraße, immer wieder erlösten „Nieder mit Erzberger!“-Rufe, immer lauter erklang das „Deutschland“-Lied. An der Reichskanzlei hatte die schreiendste Alarmierte Polizeiwache der Regierungsmänner in aller Eile Drahtbalken gezogen — und verwehrte mit aufgepflanztem Seitengewehr den Durchgang. Die Teilnehmer zogen hierauf zum Finanzministerium. Auch hier wieder Abzungen nationaler Hader und Rufe „Nieder mit Erzberger!“ Wann die Nachricht, die vor einiger Zeit durch die Presse ging, zutrifft, daß Erzberger aus Angst, ihm könne einmal etwas zustücken, im Reichsfinanzministerium wohne, dann möchten wir das Bild gesehen haben, das der Minister in diesem Augenblick geboten haben müßte!

Hier wird also ausdrücklich bestätigt, daß die Reichswehrteilhaber sich an der Demonstration beteiligt haben!

Tumulte in Kiel.

Dr. E. B. berichtet aus Kiel: Freitagabend kam es zu schweren Ausschreitungen. Trupps von Matrosen drangen mit Revolvern und Knüppeln herauf in mehrere Tanzlokale ein, um Mache an den Zivilisten zu nehmen, die ihnen einschließ den Aufenthalt in den Lokalen verweigert haben sollten. Die Polizei nahm einige der Eindringlinge fest, doch kam es bald zu weiteren Tumulten, so daß die Sicherheitswehr einschreiten mußte. Zahlreiche Menschen wurden festgenommen. In den Straßen der Stadt wurden bei den Straßkämpfen auch Schiffe angegriffen, wobei es auch Verwundete gegeben hat.

Die Abreise der deutschen Delegation nach Washington.

Wie die „N. V. N.“ hören, wird die deutsche Delegation zur internationalen Arbeiterrechtskonferenz in Washington am Sonntag die Abreise nach den Vereinigten Staaten über Bergen (Norwegen) antreten.

Von den bolschewistischen Fronten.

Weiteres Vordringen der Bolschewisten in Sibirien.

„Times“ meldet aus Omsk, daß die Bolschewisten täglich 10 Meilen vordringen. In Omsk ist der Belagerungsstand erklärt worden. Die Räumung dieser Stadt durch Koltschak verläuft ordnungsgemäß. General Dietrich ist zum Oberbefehlshaber im fernsten Osten ernannt worden. Dasselbe Blatt meldet aus Kelsingford, daß Esen und Lernetz sich für eine Konferenz mit den Bolschewisten am 15. November entschieden haben, daß die Litauen jedoch nicht daran teilnehmen werden.

Ausflug Vermonts.

T. U. Stockholm, 15. November. Nach dem letzten Informationsbureau haben die letzten Truppen mit Unterstützung der Entente die inländische Grenze und die Duna unter heftigen Kämpfen überschritten und alle wesentlichen Verkehrswege zurückgefordert. Die Duna und die Grenzengänge seien bedeutend. Oberst Vermont zieht sich nach Rilou zurück.

Flucht der Russen aus Kiew.

Z. U. Wien, 15. November. Der ukrainische Rechtsstaat meldet: Infolge der ungünstigen militärischen Lage des linken Donizins, besonders im Raum von Kiew, flüchtet die russische Infanterie massenhaft aus Kiew. Auch die gestrichelte Propaganda wurde nach Charlow verlegt, wo sich Donizins den Winter über zu befehlen könn.

Koltschaks Armee in der Auflösung begriffen.

Z. U. Amsterdam, 15. November. Aus Kelsingford wird gemeldet: Die Koltschaks Armee geht mit erschreckender Schnelligkeit ihrer Auflösung entgegen. Trotz der zahlreichen Todesstrafen befehlt die Disziplin nur noch dem Namen nach. Die Desertionen nehmen einen immer größeren Umfang an. Die Soldaten denken nur daran, sich bei der ersten Gelegenheit erlangen nehmen zu lassen. Sie erklären offen, daß der Fall von Omsk Koltschaks Ende bedeutet. Die Rebellen werden zwar schwer gequält, doch gewinnt die Bewegung gegen Koltschak immer größere Ausdehnung.

Englisch-russische Verhandlungen über Gefangenenaustausch.

London, 14. November. Amlich wird gemeldet: Der Vertreter der „Labour Party“ im Parlament, Grady, reist demnach nach Kopen gegen, um mit dem Vertreter der Sowjetregierung, Litwinski, über Gefangenenaustausch zu verhandeln.

Die englischen Eisenbahner und die Regierung.

H. N. London, 15. November. Der Vertreter des Verbandes der Eisenbahner Thomas erklärte in seinem Bericht über die zwischen der Regierung und den Vertretern des Verbandes gepflogenen Besprechungen über die Lohnfrage der Eisenbahnarbeiter, die Regierung habe nunmehr ein endgültiges Angebot gemacht. Sie habe sich bereit erklärt, Vertreter der Bewilligung zu den be-

treffenden Verhandlungen zuzulassen und den Eisenbahnarbeitern eine Teilnahme an dem Verwaltungsausschuß zu gestatten. Wie Thomas weiter erklärte, wurde bereits seitens der Eisenbahner ein Unternehmungsausschuß für die von der Regierung angebotenen Pfändern über die Lohnvorschlüge gebildet. Dieser Ausschuss wird dem Verband unverzüglich Bericht erstatten. Man darf erwarten, daß der Arbeiterverband noch heute eine endgültige Antwort auf die Regierungsvorschlüge geben kann.

Noch keine allgemeine Arbeitsaufnahme in den amerikanischen Betrieben.

H. N. Washington, 15. November.

Am Freitag nachmittag fand zwischen den Minenarbeitern und den Minenbesitzern der Kohlenindustrie eine Beratung statt. Die Besitzer der Kohlenminen, die nicht dem Verband der allgemeinen Produzenten angeschlossen sind, werden wahrscheinlich an der Sitzung der Konferenz nicht teilnehmen, weil sie mit den Prinzipien dieses Verbandes nicht einig seien.

Amliche Berichte, die Freitag in Washington eintrafen, besagen, daß die Bergarbeiter der Ansicht sind, daß die Arbeit nicht eher wieder aufgenommen werden kann, bis sich aus den Verhandlungen ergibt, daß ihre Wünsche und Forderungen genehmigt sind.

Die amerikanische Sozialistenbewegung.

Seattle, 14. November. (Special.)

75 Personen, die im Verdacht stehen, mit der Organisation der „Industriearbeiter der Welt“ in Verbindung gestanden zu haben, wurden gestern verhaftet. Im Anschluß an eine im Bureau der Zeitung „Union Record“ durchgeführte Hausdurchsuchung wurden der Schriftleiter und mehrere Angestellte in Haft genommen. Die Zeitung hatte einen Bericht veröffentlicht, in dem sie erklärte, daß die zahlreichen von Soldaten be- gangenen Handlungen die Hauptursache der Zwischenfälle in Centralia gewesen seien.

Die Teilung der Beute.

Amsterdam, 15. November.

„Telegraaf“ meldet aus London: Der britische Kolonialminister teilte im Unterhaus mit, daß zwischen der englischen, französischen und italienischen Regierung Verhandlungen über die Durchführung des Vertrages von London geführt werden, wobei festgestellt wurde, daß, wenn England und Frankreich ihren afrikanischen Besitz auf Kosten Deutschlands vergrößern sollten, Italien auf eine Grenzverbreiterung seiner Kolonien in Afrika Anspruch habe.

Gewerkschaftliches.

Neuwahl der Leitung in der Sektion II. des Transportarbeiter-Verbandes.

Eine außergewöhnlich gründliche Niederlage erleidet die rechtssozialistische Gewerkschaftspolitik in der am Donnerstag stattgefundenen Versammlung der Sektion II des Transportarbeiter-Verbandes (Lager- und Speicherarbeiter). Der große Amsterdamer Festsaal war von über 1000 Vereinen dicht gefüllt. Der vom bisherigen rechtssozialistischen Vorsitzenden über das Gewerkschaftsberüh über das letzte Quartal legte besonders ausführlich die vergangenen Lohnbewegungen und Tarifabschlüsse dar. Er erntete aber bei den Versammelten kein Lob.

Hieran schloß sich eine sehr lebhafte Diskussion über die Gewerkschaftspolitik überhaupt. Einzelne Redner wandten sich auch gegen den Beschluß der Gewerkschaftskommission betreffend den Generalstreik und traten für Industriebünde und Betriebsorganisationen ein. Den letzteren wurde jedoch stark widersprochen. Schließlich wurde zur Neuwahl der Sektionsleitung geschritten. Unter ungeheurer Beilebenheit schloß sich seinen Parteigenossen über die Neuwahl vor. Somit erhielt dieser jedoch keine Stimme, alle anderen seien auf Otto Franke (N. V. D.) als 1. Sektionsleiter. Erdemanni wurde mit 200:100 Stimmen gegen Koch zum 2. Sektionsleiter gewählt.

Die Teilung der Sektion II wurde auf die nächste Versammlung verschoben. Einstimmig wurde dann noch eine Entschädigung gefordert, worin gegen den Zentralvorstand wegen der Reichsbesatzung Böhmens der schärfste Protest erhoben wird.

Betriebsorganisation und die Haltung der Berliner Gewerkschaftskommission zum Generalstreik.

Diese beiden Angelegenheiten beschäftigte in ausgiebiger Weise die Funktionäre der Berliner Gewerkschaften in einer am Donnerstag stattgefundenen Versammlung. Volente verteilte in einem längeren Referat seine Haltung und führte die Gründe an, die ihn gegen den Generalstreik stimmen ließen. Große Massen der Arbeiterschaft seien an den politischen Parteien irre geworden und wären für einen Generalstreik nicht zu haben gewesen. Um über die Angelegenheit ein Urteil fällen zu können, müsse man sich auf den Boden der Wirklichkeit stellen und nur Tatsachen sprechen lassen.

Linke (N. V. D.) erging sich anschließend in harten Angriffen gegen die Gewerkschaften. Zuerst habe den Gewerkschaftsvertretern in der Gewerkschaftskommission das Kleinbild. Da auch eine ganze Anzahl Unabhängiger gegen den Generalstreik gestimmt hätten, so sei das ein Beweis dafür, daß die Gewerkschaftsführer nicht kämpfen wollten. Der in der letzten Vollversammlung der Arbeitervereine angenommene Bescheid müsse entprochen werden, die Gewerkschaften seien zu zerfallen, die Betriebsorganisationen an ihre Stelle zu setzen. Der Redner legte eine seinen Ausführungen entsprechende Resolution vor.

Der größte Teil der anderen Diskussionsredner verurteilte wohl die Haltung der Gewerkschaftskommission in der Generalstreikfrage auf das entschiedenste, unter Bedingung, daß sämtliche Gewerkschaften sich für den Generalstreik erklären sollten, bezweifelten aber die Resolution der Vollversammlung als eine Heberumpelung der Kommission. Gewerkschaftliche Erziehungsbemühungen müsse gefestigt werden. Den Unternehmern könne man keinen größeren Gefallen tun, als die Gewerkschaften zu zerlegen. Es könne schon sehr schlecht werden, daß die Betriebsorganisationen keine Entwicklung haben würden, dazu sei die Arbeiterklasse zu jung. Man solle in die Gewerkschaften gehen, damit ein anderer Geist in die Gewerkschaften seinen Einzug halte.

Die Resolution Linke, die den Austritt aus den Gewerkschaften forderte, wurde mit großer Mehrheit einstimmig beschlossen. Ein Antrag, dem Vorstandesmitglied Hälensky ein Mißtrauensvotum zu erteilen, weil er gegen den Willen der Versammlung gegen den Generalstreik gestimmt habe.

Achtung! Arbeiter und Parteigenossen!

In der Konditorei und Café, Joh. Grollmann, Berlin, Herzzersstr. 24, arbeitet eine R. A. und ein H. D. Arbeiter eine Gehalt, wodurch die Beile detartig bemessen sind, daß Herr Kolch

sehr Bedienungspersonal kostlich bezahlt kann. Es handelt um dabei aber in Wirklichkeit um doppelt Beschäftigte, die sich, wie der Inhaber erklärt, noch nebenbei etwas verdienen können. Bei der großen Arbeitslosigkeit mußte der Organisationsleiter vorstellig werden, um diese Missetat zu befeitigen. Herr Kolch erklärte, daß er in seinem Hause allein bestimmt, und vertrat den Herrn im Hause, Standpunkt, ogvor sich keine Mühe lediglich aus Arbeitern rekrutieren. Wir erlauben deshalb die Betriebsgenossen und ihre Angehörigen, Solidarität zu üben und diese göttliche Missetat nicht zu wolle.

Die Sozialisierung des Baugewerbes.

Die Funktionäre des Bauarbeiterverbandes erklärten in einer Versammlung am Donnerstagabend ausführlich die Frage der Sozialisierung des Baugewerbes. Die Tätigkeit der Baugewerkschaften, obwohl sie nur eine Teilsocialisierung bringen könnten, wurde begrüßt. Die Anwesenheit sollte auch fernherhin erhöht und geklärt werden. Es wurde einstimmig beschlossen, zu einer baldigst anzuberaumenden Versammlung einen Reizeenten zu gewinnen, der das Thema in jeder Beziehung beherrscht.

Groß-Berlin.

Generalversammlung der Konsum-Genossenschaft Berlin und Umgegend.

Am Montag, den 17. d. M., abends 6 Uhr, findet die Generalversammlung der Konsum-Genossenschaft Berlin und Umgegend in der Bod-Bräuerei, Am Tempelhofer Berg, statt. Die Verwaltung macht besonders darauf aufmerksam, daß für Zuhörer Räumt nicht zur Verfügung gestellt werden können. Es haben also nur die eingetragenen Mitglieder Zutritt zur Generalversammlung. Um überflüssige Auseinandersetzungen an der Kontrolle sowie unnütze Wege zu sparen, mögen alle diejenigen, die nicht als Mitglieder eingetragen sind, den Weg nach der Bod-Bräuerei von vornherein gar nicht unternehmen. Es ist auch nicht zulässig, daß der Mann auf die Mitgliedskarte der Frau oder umgekehrt die Frau auf die Mitgliedskarte des Mannes die Generalversammlung besucht. Nur derjenige hat Zutritt, auf dessen Namen die Legitimationskarte lautet.

Massenentlassungen bei der Schutzmannschaft.

Seit langer Zeit finden bei der Schutzmannschaft auffallend viele Entlassungen von Beamten statt. Es handelt sich dabei insbesondere um Wachtmeister, die sich noch im Probefahre befinden und zumeist vor ihrer Anstellung stehen. So sind am 13. d. M. 30 Beamte zum 30. November gekündigt worden. Abgesehen davon, daß gegen diese Beamten absolut nichts vorliegt, was ihre so unerwartete Entlassung etwa rechtfertigen könnte, so läßt doch die Zahl solcher Entlassungen in letzter Zeit gewisse Vermutungen als begründet erscheinen. Es hat in letzter Zeit eine ungeheure Propaganda in der Schutzmannschaft von Seiten der Sozialisten für den Hebertritt in die neue Sicherheitspolizetruppe eingesetzt. Einige Schutzleute haben denn auch mit Rücksicht auf die vielversprechenden Bedingungen ihren Hebertritt bereits vollzogen, wenngleich die große Mehrheit in der Schutzmannschaft in Hebertritt ihrer Kollegen in der Provinz sich ganz entschieden dagegen wehrt. So ist diese Stellungnahme des strikten schon in Protokollversammlungen in ungewohnter Weise zum Ausdruck gebracht worden. Auch der Verband der Polizeibeamten Kreuzweg E. V., „Sch Berlin“ hat sich wiederholt taggen ausgesprochen. Nunmehr scheint aber insbesondere der Vorstand des vorerwähnten Verbandes der Stellungnahme seiner Mitglieder keine Rechnung mehr tragen zu wollen. Die Entlassungen sollen in ihrer Art weiter nichts dar, als die davon Betroffenen, die nicht freiwillig zur Polizeitruppe sich entschließen konnten, nun durch die Art der Gewerkschaften hinüberzuputten!

Keine Besserung in der Kohlenversorgung Groß-Berlins.

Die Einstellung des Personenverkehrs zugunsten der Güterbeförderung hat, wie wir von zutünder Stelle erfahren, soweit die Kohlenversorgung Groß-Berlins in Frage kommt, den erhofften günstigen Einfluß nicht ausgeübt. Die Besserung mit Briketts, die für den Verbrauch in Groß-Berlin hauptsächlich benötigt werden, hat sich sogar noch etwas verschlechtert. Nutzen hat die Verkehrsperre in der Hauptsache Süddeutschland gebracht, wo allerdings die Verhältnisse in der Kohlenversorgung ungünstiger lagen als in Groß-Berlin. In vielen Gegenden Süddeutschlands war seit geraumer Zeit die Kohlennot so groß, daß viele lebenswichtige Betriebe eingestellt werden mußten. So lagen z. B. in Stuttgart das Elektrizitätswerk und die Straßenbahn fast drei Wochen lang still. Die zutünder Stellen sind noch kräftiger bemüht, die notwendigen Kohlenmengen, insbesondere für Groß-Berlin, heranzubringen. Ob eine allgemeine ausdehnende Kohlenversorgung ohne ernste, wenn auch vielleicht nur teilweise, Verkehrsperre möglich sein wird, steht noch nicht fest. Die Initiative liegt in dieser Hinsicht beim Kommissar für die Kohlenversorgung.

Der Schnee, der die Freude unserer Jugend ist, hat auch erhebliche Unheil angerichtet, besonders in den Parks und Wäldern. Unter der Last der Schneemassen sind zahlreiche Bäume umgebrochen. Darüber noch bedauerlich. Die Lavinnenpeise ist groß. In Berlin sind bereits eine Menge Lavinnen niedergegangen und Personen in Gefahr gekommen. In zahlreichen Fällen hat man schon die Feuerwehr um die Befreiung der Lavinnen geladert. Sie kann aber unter den heutigen Verhältnissen nur einschreiten, wenn Lebensgefahr besteht. In vielen Stellen mühte der Schnee von den Dächern befreit werden, weil die Dächer aus Glas usw. die Schneelasten nicht mehr tragen konnten. Die größten Gefahren kommen aber erst beim Eintritt von Tauwetter.

Schließen an frühstüßigen Kriegsbeschäftigten. Die Vorbereitungen für die Auszahlung der vom Reich bereitgestellten Beihilfen für ruhelassenden Kriegsbeschäftigten, über die vor einigen Tagen berichtet worden ist, haben sich in den am kürzlich beendeten großräumigen Vermittlungen leider nicht so schnell durchzuziehen lassen, daß die Beihilfen überall, wie vorgesehen, im Laufe des Monats November zur Auszahlung gelangen konnten. In den Groß-Berliner Gemeinden wird vielmehr die Forderung der Beihilfen kaum vor Anfang Dezember möglich sein. Es ist jedoch darauf hinzuweisen, daß in Fällen der Bedürftigkeit die Beihilfen rückwirkend von Oktober an zur Auszahlung kommen.

Auch das Wasser wird teurer. Nach dem Antrage der Wasserdeputation hat der Magistrat beschlossen, eine Erhöhung der Wasserpreise entsprechend den gestiegenen Selbstkosten vorzunehmen. Die Grundgebühr soll von 4 M. auf 20 M. im Vierteljahr und der Wasserpreis von 33 auf 39 Pf. für ein Kubikmeter erhöht werden. Der Sprung ist ziemlich hoch. Die Erhöhung soll mit Wirkung der letzten Standaufnahme im September in Kraft treten und bis 31. März 1920 in Geltung bleiben.

Spannweite Räumungen sind, wie das Ministerium für Wasserwirtschaft mitteilt, nur noch mit Genehmigung des Reichskanzlers zulässig. Diese Anordnung ist vorläufig bis 1. Dezember d. J. getroffen, da inzwischen eine weitere Regelung erfolgen soll.

Reinigungsarbeiten an den Wasserkäufen. Die vom Groß-Berliner Verband für das Reinigen der an den Wasserkäufen unter Aufwendung großer Kosten unterhaltenen Reinigungsanlagen (Röhren, Reinigungsringe und Reinigungsbleche usw.) sind leider unwillkürlich Beschädigungen und Diebstahlen ausgesetzt.

